

Viktorija Kaina und Sebastian Kuhn

Empirische Demokratieforschung – Eine Einführung

Teil II: Ausgewählte Forschungsansätze

Bearb., korr. u. akt. Version: Frühjahr 2017

Fakultät für
**Kultur- und
Sozialwissen-
schaften**

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung und des Nachdrucks, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der FernUniversität reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Der Inhalt dieses Studienbriefs wird gedruckt auf Recyclingpapier (80 g/m², weiß), hergestellt aus 100 % Altpapier.

Inhaltsverzeichnis Teil II: Ausgewählte Forschungsansätze

Inhaltsverzeichnis	1
Überblick über die Inhalte dieses Studienbriefs („Seminarplan“)	1
9 Was sind „gute“ Demokratien?	2
<i>Viktoria Kaina</i>	
Zur Einführung	2
Zitierte und weiterführende Literatur.....	13
Textauswahl.....	17
Aufgaben.....	18
10 Wie lässt sich „Demokratie“ messen?.....	19
<i>Sebastian Kuhn</i>	
Zur Einführung	19
Zitierte und weiterführende Literatur.....	38
Textauswahl.....	43
Aufgaben.....	44
11 „Patterns of Democracy“ – Arend Lijpharts Demokratietypologie	45
<i>Viktoria Kaina</i>	
Zur Einführung	45
Zitierte und weiterführende Literatur.....	52
Textauswahl.....	54
Aufgaben.....	138
12 „Nicht ohne ihre Zustimmung...“ – Von Vetospielern und Veto-Punkten	139
<i>Viktoria Kaina</i>	
Zur Einführung	139
Zitierte und weiterführende Literatur.....	143
Textauswahl.....	145
Aufgaben.....	146
13 Akteure und Institutionen.....	147
<i>Viktoria Kaina</i>	
Zur Einführung	147
Zitierte und weiterführende Literatur.....	153
Textauswahl.....	155
Aufgaben.....	156

14 Zur Rolle der politischen Kultur in Demokratien	157
<i>Sebastian Kuhn</i>	
Zur Einführung	157
Zitierte und weiterführende Literatur.....	170
Textauswahl.....	176
Aufgaben.....	216

Überblick über die Inhalte dieses Studienbriefs („Seminarplan“)

Teil I: Grundlagen

- 1 Empirische Demokratieforschung: Worum geht es?
- 2 Was ist Demokratie? Was sind Demokratien?
- 3 Demokratie zwischen Ideal und Wirklichkeit
- 4 Demokratie und Legitimität und die Legitimität von Demokratien
- 5 Politische Legitimität im Spannungsfeld:
Demokratie und/oder Effektivität?
- 6 Wie, wann und warum bilden sich Demokratien heraus? –
Entstehungsbedingungen der Demokratie
- 7 Wie werden junge Demokratien erwachsen? –
Zur Konsolidierung der Demokratie
- 8 Was sichert Demokratien das Überleben? –
Funktionsvoraussetzungen der Demokratie

Teil II: Ausgewählte Forschungsansätze

- 9 Was sind „gute“ Demokratien?
- 10 Wie lässt sich „Demokratie“ messen?
- 11 „Patterns of Democracy“ – Arend Lijpharts Demokratietynologie
- 12 „Nicht ohne ihre Zustimmung...“ – Von Vetospielern und Veto-Punkten
- 13 Akteure und Institutionen – Der Ansatz des akteurzentrierten Institutionalismus von Renate Mayntz und Fritz Scharpf
- 14 Zur Rolle der politischen Kultur in Demokratien –
Der Ansatz der „Civic Culture“-Studie von Almond und Verba

9 Was sind „gute“ Demokratien?

Viktoria Kaina

Zur Einführung



Deutschland ist eine Demokratie. So steht es jedenfalls in der Verfassung des Landes, in Artikel 20, Absatz 1 des deutschen Grundgesetzes: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein *demokratischer* und sozialer Bundesstaat“ (Hervorhebung: VK). Und wie wir in Themenblock 1 gesehen haben, finden es auch 94 Prozent der deutschen Bevölkerung ziemlich und sehr gut, in einem demokratischen politischen System zu leben (vgl. Abbildung 2, Themenblock 1). Aber fühlen sich die Deutschen auch wohl damit? Diese Deutschen, die sich so gern vor den falschen Dingen gruseln (Krämer 2013), die als Mitglieder einer modernen Gesellschaft mit dem „Prinzip Angst“ leben (Bude 2014) und die anscheinend in einen kollektiven Burnout (Grünewald 2013) taumeln? Will man dem jüngsten *World-Happiness-Report* (WHR) Glauben schenken, erzählen solche Einschätzungen offenkundig nur einen Teil der Geschichte. (Zum offiziellen Internetauftritt des WHR geht es hier: <http://e.feu.de/whr>).

Denn der Welt-Glücks-Report von 2015 weiß zu berichten, dass die Deutschen alles in allem „ziemlich gut drauf“ sind. Weniger salopp formuliert: Im dritten globalen Glücks-Ranking, das 158 Staaten umfasst, befindet sich Deutschland mit Platz 26 im obersten Fünftel der Rangliste. Das ist zwar keine Spitzenplatzierung wie sie die Schweiz, Island und Dänemark vorweisen können. Aber es ist doch ein ziemlich robuster Fingerzeig darauf, dass wir gut daran tun, die Kirche ab und zu auch mal im Dorf zu lassen und allfälligen Krisendiagnosen mit gesunder Skepsis und wissenschaftlicher Distanz zu begegnen. Nun könnten Sie freilich einwenden: „Was sagt uns diese Platzierung in einem weltweiten Glücks-Ranking schon darüber, ob die Deutschen mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden sind?“. Und das wäre ein guter und kluger Einwand. Denn Basis für das Glücks-Ranking ist das gemessene und sodann aggregierte „subjektive Wohlbefinden“ der Menschen. Der jeweilige Regimetypp, in dem die Menschen leben, spielt dabei nur eine sehr indirekte Rolle (vgl. Helliwell et al. 2015: 15).



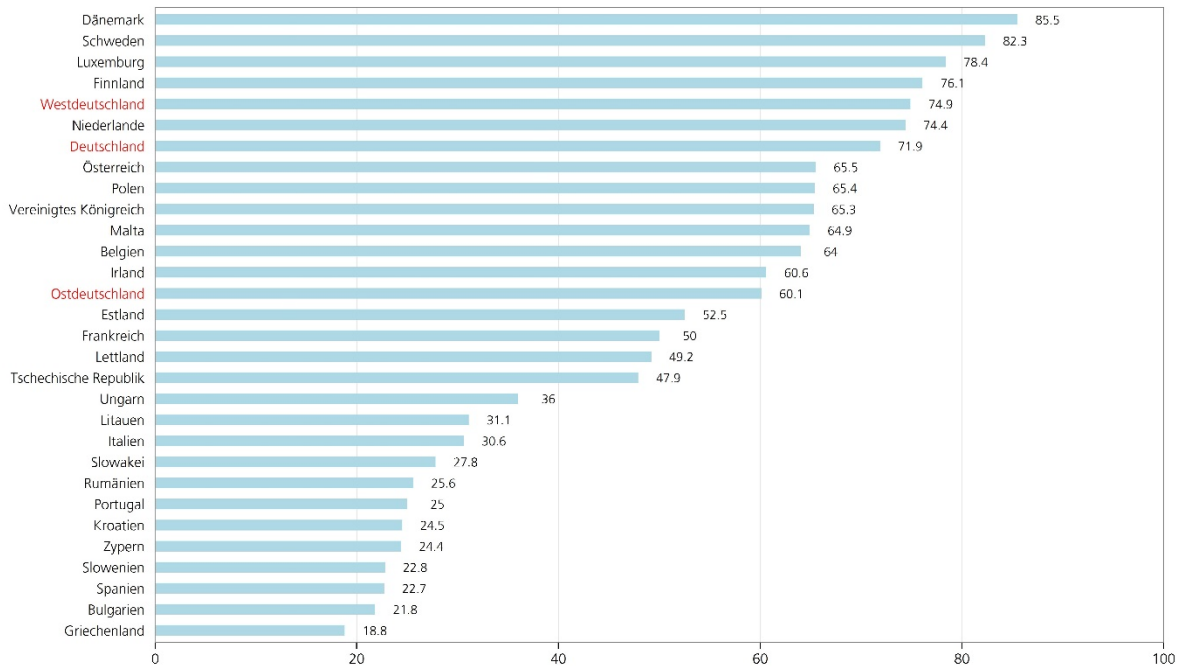
Allerdings müssen wir über die Frage nach der *Demokratiezufriedenheit* der Deutschen gar nicht spekulieren. Wir sind in der glücklichen Lage, darauf eine wissenschaftliche Antwort geben zu können, indem wir repräsentativ erhobene Survey-Daten heranziehen. (Für eigene Analysen können Sie einschlägige Umfragedaten, die für wissenschaftliche Zwecke genutzt werden, über den Datenbestandskatalog von GESIS beziehen. Zur Homepage von GESIS geht es hier: <http://www.gesis.org/>. Direkten Zugriff auf den Datenbestandskatalog von GESIS erhalten Sie hier: <http://e.feu.de/daten>).

Sind die Deutschen mit der Demokratie in ihrem Land zufrieden?

Nach den bei Abfassung dieses Einführungstextes aktuellsten verfügbaren Daten des Eurobarometers (EB) waren im November 2014 knapp 72% der deutschen Bürgerinnen und Bürger mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland sehr oder ziemlich zufrieden (vgl. Abbildung 7). Im ostdeutschen

Landesteil (60%) ist diese Zufriedenheit zwar deutlich geringer ausgeprägt als in den westlichen Bundesländern (75%). Dennoch zeigt sich auch deutlich mehr als die Hälfte der Ostdeutschen mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert, zufrieden. Deutschland belegt in puncto Demokratiezufriedenheit bei den Bürgerinnen und Bürgern im europäischen Vergleich damit einen Platz in den Top Ten; der westdeutsche Landsteil platziert sich sogar in der Spitzengruppe der ersten fünf.

Abbildung 7: Demokratiezufriedenheit in den EU-Mitgliedstaaten – November 2014 (in %)

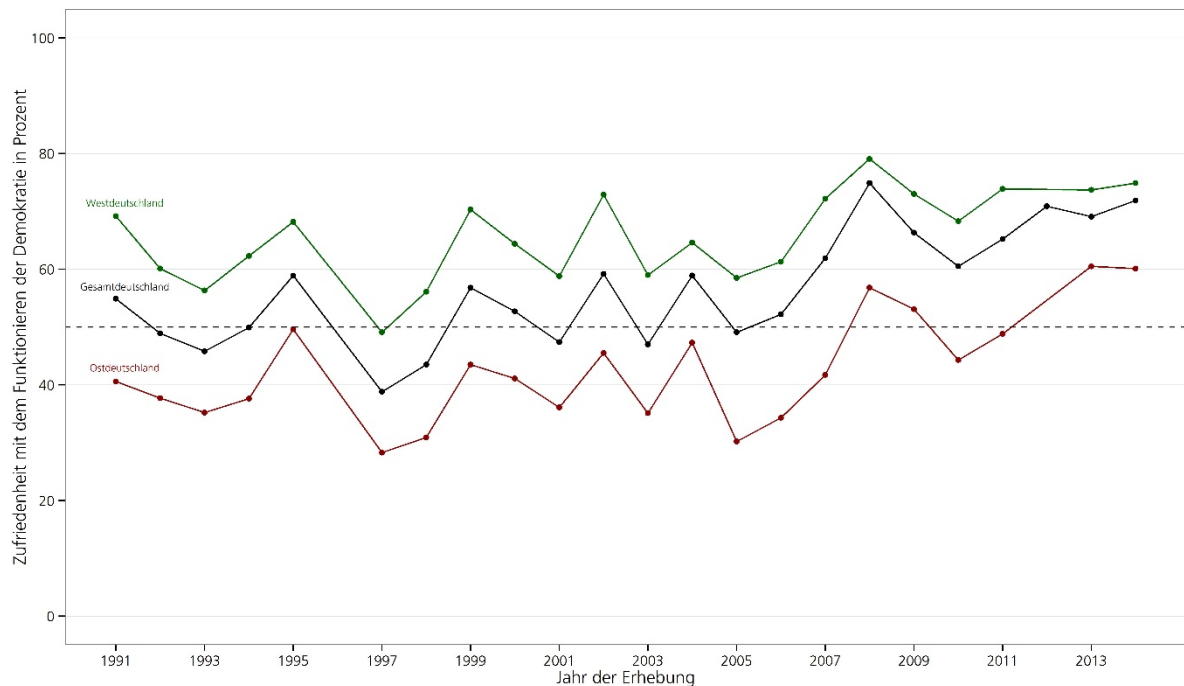


Datenbasis: Berechnung und Darstellung von Reinhold Melcher auf Basis gewichteter Eurobarometer-Daten: EB 82.3 (November 2014). Frageformulierung: „On the whole, are you very satisfied, fairly satisfied, not very satisfied or not at all satisfied with the way democracy works in (OUR COUNTRY)?“. Für die Darstellung wurden die Prozentanteile der Antwortkategorien „very satisfied“ und „fairly satisfied“ zusammengefasst.

Sehen wir uns die entsprechenden Daten für Deutschland im Zeitverlauf von 1991 bis 2014 an, stellen wir fest, dass die Momentaufnahme vom November 2014 keine Ausnahmerecheinung ist (vgl. Abbildung 8). Allerdings wird auch deutlich, dass die Zufriedenheit der Deutschen mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land zum Teil großen Schwankungen unterliegt und in Ostdeutschland über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg deutlich geringer ausgeprägt ist als in den westlichen Bundesländern. Diese periodischen Schwankungen sind auch darauf zurückzuführen, dass die gemessene Bevölkerungszufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie nicht nur von wichtigen politischen Ereignissen – zum Beispiel vom Ausgang einer Bundestagswahl – beeinflusst wird, sondern auch von der Einschätzung der systemischen und demokratischen Performanz (vgl. Themenblock 4) durch die Bürgerinnen und Bürger abhängt. Demnach können medial verbreitete und verstärkte Bürgerproteste (Beispiel: *Stuttgart 21*), politi-

sche Skandale, vor allem aber die objektive und subjektiv wahrgenommene Wirtschaftsentwicklung Auswirkungen auf die Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger haben und entsprechende Fluktuationen im Zeitverlauf erklären helfen.

Abbildung 8: Demokratiezufriedenheit in Deutschland im Zeitverlauf: 1991–2014 (in %)



Datenbasis: Berechnung und Darstellung von Reinhold Melcher auf Basis gewichteter Eurobarometer- und ALLBUS-Daten. Für die Frageformulierung der EB-Daten vgl. Abbildung 7. Für den Beobachtungszeitpunkt 2008 wurden mangels EB-Daten ALLBUS-Daten verwendet. Frageformulierung: „Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“. Für die Darstellung wurden die Prozentanteile der Antwortkategorien „very satisfied“ und „fairly satisfied“ (EB-Daten) sowie „sehr zufrieden“, „ziemlich zufrieden“ und „etwas zufrieden“ (ALLBUS 2008) zusammengefasst.

Zufriedenheit mit der Demokratie = „gute“ Demokratie?

Dennoch sind seit 2006 kontinuierlich die meisten Deutschen mit dem Funktionieren der Demokratie in ihrem Land zufrieden. Sind die Befunde aus den Abbildungen 7 und 8 also nicht ein ziemlich klarer Beweis dafür, dass Deutschland eine „gute“ Demokratie ist? Auch wenn periodische Schwankungen zu beobachten sind, und auch wenn ein großer Teil der Ostdeutschen die große Demokratiezufriedenheit der Westdeutschen (noch) nicht teilen mag – alles in allem scheint die Demokratie in Deutschland doch ganz „gut“ zu sein, wenn so viele Menschen damit zufrieden sind. Nun, auch in diesem Fall ist Skepsis angebracht. Denn wie können wir aus solchen Befunden zur Demokratiezufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger schließen, dass sie tatsächlich auch in einer „guten“ Demokratie leben? Vielleicht haben sich die Menschen einfach nur daran gewöhnt, wie die Demokratie in ihrem Land funktioniert. Oder sie haben sich damit abgefunden. Möglicherweise ist es einem Großteil der Bevölkerung auch einfach egal, ob sie in einer „guten“ Demokratie leben, solange die Demokratie überhaupt funktioniert und die Menschen ihr persönliches Streben nach Glück nicht gefährdet sehen. Schließlich ist die Zufriedenheit mit der Demokratie im eigenen Land auch davon abhängig,

welche Vorstellung von *Demokratie* jemand hat. In Themenblock 2 haben Sie auf Basis von Forschungsbefunden erfahren, dass diese Vorstellungen nicht nur in der Wissenschaft, sondern auch bei den Menschen ziemlich weit auseinandergehen können (für Deutschland vgl. Fuchs 1997, 1999; Westle 2015; Conradt 2015). Und wer entscheidet dann darüber, ob sich das jeweilige Demokratieverständnis einer Person mit der Vorstellung einer „guten“ Demokratie verträgt? Kann es überhaupt eine *wissenschaftliche* Antwort auf die Frage geben, was eine „gute“ Demokratie ausmacht?

Tatsächlich beschäftigt sich ein ganzer Zweig innerhalb der Empirischen Demokratieforschung mit dieser Frage (siehe bereits Lijphart 1968: 8). Die sozialwissenschaftliche Forschung zur *Qualität von Demokratien* hat in den letzten fünfzehn Jahren sogar zunehmend an Bedeutung gewonnen und das Interesse an den Entstehungs- und Überlebensbedingungen von Demokratien zumindest für eine Weile aus dem Fokus der wissenschaftlichen Aufmerksamkeit gedrängt (vgl. auch Themenblock 6). Danach wurde es erst einmal nicht mehr als vordringlich angesehen, eine zuverlässige und gültige Antwort auf die Frage zu finden, „ob ein politisches System eine Demokratie ist oder nicht“ (Bühlmann et al. 2008: 115). Stattdessen interessieren sich viele Demokratieforscherinnen und -forscher nun weitaus mehr für den *Demokratiegehalt* bereits existierender demokratischer Systeme (Bühlmann et al. 2008: 116).

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts

Diese Neuorientierung in der internationalen Demokratieforschung (vgl. auch Bühlmann et al. 2008: 115-116) war teilweise auch darauf zurückzuführen, dass für manche Forscherinnen und Forscher die historische Überlegenheit der Demokratie nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und dem Scheitern der real-sozialistischen Systemalternative nicht mehr zur Debatte stand. Warum also intellektuelle Energie auf die Erklärung von Demokratisierungsprozessen verschwenden, wenn die Demokratie ohnehin den evolutionären Endpunkt der Geschichte darstellt? Langweilig!

Andere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler begründeten ihre Neuorientierung mit dem pfiifigen Argument, dass es mit dem Wegfall der realsozialistischen Systemalternative und dem globalen Triumphzug der Demokratieidee an der Zeit wäre, nun viel genauer die Defizite demokratischer Regierungsweise in den existierenden Demokratien in den Blick zu nehmen, Unterschiede im Demokratiegehalt bestehender Demokratien zu erklären sowie die Chancen und Hindernisse „demokratischer Innovationen“ (Kaase 1995; Cain et al. 2003; Geißel/Newton 2012; Geißel/Joas 2013) zu erforschen. Tatsächlich zeigten Forschungsarbeiten seit dem Übergang zum 21. Jahrhundert, dass die Zustimmung zur implementierten Form einer demokratischen Ordnung von Land zu Land unterschiedlich, in den Transitionsgesellschaften (vgl. Themenblock 6) zum Teil schwach ausgeprägt ist (z.B. Klingemann 1999; Schmitt-Beck 2000; Haerpfer/Kizilova 2014). Zudem wurde in den als etabliert geltenden Demokratien der OECD-Welt die Geburt eines neuen Bürgertyps beobachtet, für den Hans-Dieter Klingemann (1999) das Etikett des „unzufriedenen Demokraten“ erfand. Die *unzufriedenen Demokraten* unterstützen zwar mehrheitlich die *Idee* der Demokratie, zugleich kritisieren sie aber die *Realität* der Demokratie im eigenen Land (vgl. auch Norris 1999, 2011; Klingemann 2014). Der internationale Fachdiskurs erlebte daher nach den Legitimitäts- und Unregierbarkeitsdebatten der 1960er und 1970er Jahre (für einen Überblick: Kaase/Newton 1999: 21-26; Schäfer 2009) einen Neuaufschwung in der Politischen-Kultur-Forschung, der sich unter anderem an den Ursachen und Hintergründen für die zum Teil wachsende Kritikbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger in

Mängel realer Demokratien rücken in den Vordergrund

den etablierten Demokratien interessiert zeigt (u.a. Norris 1999, 2011; Pharr/Putnam 2000; Dalton 2004; Dalton/Welzel 2014 – vgl. auch Themenblock 14).

Europäisches Demokratiedefizit

Darüber hinaus veranlassten die fortschreitende Vertiefung der europäischen Integration und in deren Gefolge die Herausbildung einer Herrschaftsstruktur auf supranationaler Machtbasis (z.B. Bach 1999, 2000, 2008; Fuchs 2003: 29; Lepsius 2006: 111) Forschungen zum Demokratiegehalt der Europäischen Union. Während sich die EU inzwischen zu einem neuen Typ des Regierens entwickelt hat (Jachtenfuchs 1997) und als supranationale Governance-Form fortschreitend an Kontur gewinnt (u.a. Marks et al. 1996; Stone Sweet/Sandholtz 1997; Kohler-Koch 1999; Jachtenfuchs 2000; Stone Sweet et al. 2001; Jachtenfuchs/Kohler-Koch 2004), werden gleichzeitig „demokratische Defizite“ auf europäischer Ebene diagnostiziert und heftig debattiert (für einen Überblick: Kaina/Karolewski 2013: 7-9 – vgl. auch Themenblock 1 und 5). In jüngerer Zeit wurde die wissenschaftliche Diskussion um das europäische Demokratiedefizit zudem um Forschungsarbeiten ergänzt, die sich mit demokratischen Mängeln innerhalb der EU-Mitgliedstaaten in Folge von Europäisierungsprozessen in Form von Rückwirkungen der europäischen Integration auf die nationalen Politik- und Gesellschaftssysteme befassen (z.B. Schmidt 2005, 2006).

Das Auftauchen „defekter“ Demokratien

Schließlich gaben unvollständige Demokratisierungsprozesse und das Auftauchen so genannter hybrider politischer Systeme wichtige Impulse für Forschungen zur demokratischen Qualität politischer Institutionen und Entscheidungsverfahren in einem politischen System (vgl. auch Themenblöcke 1, 2, 6 und 7). Sie erinnern sich: Im Laufe von Regimewechselprozessen sind politische Systeme entstanden, die ihren Aufbruch zur Demokratie nicht vollendet haben und zwischen Autokratie und Demokratie feststecken (vgl. im Folgenden Kaina 2009: 158-160). Aus dem Auftauchen dieser „defekten“ Demokratien wird von einigen Forscherinnen und Forschern die Schlussfolgerung gezogen, dass *Demokratie* offenbar keine Frage von *entweder-oder*, sondern von *mehr oder weniger* ist, weil sich *politische Systeme* in ihrem jeweiligen Demokratiegehalt unterscheiden und darin auch vergleichen lassen (z.B. Bollen/Jackman 1989; Elkins 2000). Damit erscheint es dann auch angebrachter, *Demokratie* nicht mit einer „Ja-nein“-Dichotomie zu erfassen, sondern als ein *gradueller* Phänomen zu definieren (vgl. dazu auch den nachfolgenden Themenblock 10 zur *Messung von Demokratie*).

Dem ließe sich zunächst einmal entgegenhalten, dass *Defekte* unterschiedlich schwer sein können. Damit wir entscheiden können, ob eine Demokratie mit Defekten trotzdem und immer noch eine Demokratie ist, benötigen wir bestimmte Kriterien. Anhand dieser Kriterien könnten wir dann Schwellenwerte definieren, ab wann eine Demokratie mit Defekten aufhört, eine Demokratie zu sein. Um einen normativen Maßstab kommen wir also nicht herum (vgl. auch die Themenblöcke 2 und 3). Auf der Suche nach der Festlegung von Schwellenwerten handeln wir uns aber womöglich noch größere Probleme ein. Denn wir müssen uns nicht nur fragen lassen, wie *objektiv* solche Kriterien sein können, welche anderen Kriterien wir also anwenden, um Erstere zu begründen. Damit drohen wir in jenen Sog zu geraten, den ich bereits in Themenblock 3 als infiniten definitiven Regress bezeichnet und knapp erklärt habe. Darüber hinaus erfordert dieses Vorgehen ein hochkomplexes Forschungsdesign mit einem anspruchsvollen Methodenmix, weil *Defekte* nicht nur quantitativer und qualitativer Art sein können, sondern in der Regel auch multikausal verursacht sein dürften.